

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlag: Nachrichten Dresden.  
Herausgeber: Hermann Müller 25 241.  
Für die Redaktion: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei halbjähriger Zahlung, durch die Post bei täglich postmöglicher Lieferung monatlich 6,30 M., vierteljährlich 18,90 M.  
Die Heftnummer 27 vom 1. Juni 1921. Halbjährliche Ausgabe, Einzelpreis 1,20 M., vierteljährliche Ausgabe 3,60 M., vierteljährliche Ausgabe 10,80 M.  
Anzeigen-Preise. — Druck u. Verlag von Siegel & Reichardt in Dresden.  
Dresdner-König 1068 Dresden.

Schreibweise und Hauptbuchführung: Merkmalstrage 38/40.  
Druck u. Verlag von Siegel & Reichardt in Dresden.  
Dresdner-König 1068 Dresden.

Druck nur mit deutscher Aufschrift (Dresdner Stadt) zulässig. — Unvollständige oder falsche Adressen werden nicht aufbewahrt.

## Die englisch-französische Spannung.

### Lloyd Georges Abjage an Frankreich.

London, 18. Mai. Lloyd George machte einem Vertreter von Reuters folgende Darlegungen: Ich halte an der Erklärung, die ich im Unterhause bezüglich Oberösterreichs abgegeben habe, fest. Natürlich kann ich nur für das die Verantwortung übernehmen, was ich wirklich gesagt habe, nicht für die verheißenen und verbreiteten Berichte in der französischen Presse. Die nahezu einmütige Zustimmung der amerikanischen und italienischen sowohl, als auch der englischen und französischen Presse zu dem von mir bei jener Gelegenheit zum Ausdruck gebrachten Gesandten zeigt, daß die großen Mächte, die im Armeegeschichte Frankreichs standen, den Vertrag von Versailles in seiner Weise auszuliegen beabsichtigen. Ich war niemals Zeuge einer derartigen Einmütigkeit in irgendeiner Frage. Alle Richtungen der öffentlichen Meinung in diesen drei Ländern nehmen denselben Standpunkt ein. Es wäre unglücklich, wenn die französische Presse einen anderen Standpunkt einnehmen sollte. Aber wir müssen gegenüber Meinungsverschiedenheiten unter uns nicht scheitern. Ich möchte der französischen Presse mit allem Nachdruck sagen, daß die Gewohnheit, einen jeden Meinungsäußerer eines Alliierten, der nicht mit der eigenen Meinung übereinstimmt, als Ungehörigkeit zu behandeln, unheilvoller ist.

Wenn diese Ungehörigkeit andauern sollte, so wird sie für jede Entente unheilvoll sein.

Der Standpunkt, den die englische, amerikanische und italienische Presse in der oberösterreichischen Frage eingenommen haben, sollte Frankreich nicht anstößig sein. Sie sehen zum Vertrag von Versailles und wollen die Bestimmungen des Vertrages gerecht anwenden, so sie nun für oder gegen Deutschland aussprechen. Die oberösterreichische Frage muß durch den Obersten Rat entschieden werden, nicht durch Korianta. Es darf den Ländern des Vertrages nicht gestattet werden, ungehört in Europa Bescheid zu sprechen. Niemand muß ihnen die Fingelohne andrücken. Andernfalls wird es ständig Schwierigkeiten geben. Der Vorschlag der Welt in den kommenden Jahren kann nicht vorkommen werden. Die Welt vor uns sind nicht als gewöhnlich. Viel wird von dem Zusammenhalt der Alliierten abhängen.

Die Zukunft der Welt, insbesondere Europas, wird durch alte oder neue Freundschaften bestimmt werden.

Unter diesen Umständen ist der Vertrag von Versailles ein Instrument von unendlicher Bedeutung, besonders für die Nationen der Entente. Er bindet uns zusammen, wo es sonst gibt, das uns trennt. Diejenigen, die die Bestimmungen des Vertrages behandeln, als ob sie ein Sport für Leidenschaft und Borntheit wären, brauchen nicht lange zu leben, um ihre

### Sichtlosigkeit noch zu bedauern.

Das englische Volk entzieht sich keinem Teile seiner Verantwortlichkeit aus dem Vertrag. Vorübergehende Schwierigkeiten erschweren es, Truppen zu erübrigen. Aber diese Schwierigkeiten werden, wie ich vermute, schon jetzt annehmen, bald vorüber sein, und ich mache auf die Tatsache aufmerksam, daß wir auf der jüngsten Konferenz unsere Bereitwilligkeit fundieren haben, unsere Flotte, falls Deutschland die Bedingungen der Alliierten nicht annehmen würde, den Alliierten für jede militärische Operation zur Verfügung zu stellen, über die beschlossen werden würde. Die britische Regierung war bestrebt, die Frage einer Teilung Schlesiens auf der Londoner Konferenz zu behandeln. Alle Vorschläge der Volksabstimmung waren bekannt. Unsere Bundesgenossen waren aber nicht bereit, mit der Beipflichtung fortzuführen. Wir werden treu zu der Entscheidung stehen, die von der Mehrheit der Mächte getroffen werden wird, die auf Grund des Vertrages bei der Festlegung der schließlichen Grenze eine Stimme haben, wie auch immer der Spruch lauten möge. Wir nehmen die Volksabstimmung als Ausdruck der Wünsche der Bevölkerung Schlesiens voll an. Da wir aber in den großen Krieg eingetreten sind und für die Verteidigung des alten Vertrags, an dem unser Land beteiligt ist, enorme Verluste erlitten haben, kann Großbritannien nicht einwilligen, dabei zu stehen, wenn auf dem Vertrag, den seine Vertreter vor weniger als zwei Jahren unterzeichnet haben, herumzutreten wird. (W. T. B.)

London, 18. Mai. Die heute abend bekanntgegebene Erklärung Lloyd Georges zur oberösterreichischen Frage findet in der gesamten Presse größte Beachtung und wird als ernste Warnung an Frankreich angesehen. Wie die Blätter melden, wird Lloyd George morgen abend beim Essen, das der parlamentarische Klub zu Ehren des neuen amerikanischen Vorkämpfers Darnen gibt, wahrscheinlich eine wichtige Rede halten, die hauptsächlich die oberösterreichische Frage behandeln dürfte.

### Die Entente cordiale auf dem Spiele.

Paris, 19. Mai. Verlinax beschäftigt sich mit den gestrigen Erklärungen Lloyd Georges, die ihm noch mehr mitteilbar als seine Rede im Unterhause. Aber nach seiner Ansicht dürfte man sich nicht mehr verheimlichen, daß die Entente cordiale auf dem Spiele stehe. Lloyd George erklärte, daß er seinen Standpunkt vom 13. Mai aufrecht erhalte. Er habe geteilt, Italien und die Vereinigten Staaten hätten sich der Meinung Englands angeschlossen. England verlange, um das oberösterreichische Problem zu lösen, daß nach der Regel der Mehrheit gehandelt werde. Das deutet Verlinax dahin, daß Lloyd George mit Frankreich zu einem Einverständnis kommen wollte. Er verlangte einfach, daß die englische Theie den Sieg davontrage. Man könne nicht glauben, daß Italien und Amerika einmütig den Standpunkt Lloyd Georges vertreten, weil

Storga habe anders gesprochen. Und was die Vereinigten Staaten betreffe, so sei ihre Rede geteilt, ihre Staatsmänner aber schwankend. Lloyd George habe ferner erklärt, daß viele Dinge die Franzosen von den Engländern trennen. Das sei eine unglückliche Feststellung. Lloyd George spreche leichtfertig von der Verschiedenheit der öffentlichen Meinung. Aber man könne doch nicht verlangen, daß man die Vernunft selbst der Allianz opfere. Wenn die Allianz den Anforderungen der französischen Verteidigung entgegensteht, so ist es die Aufgabe der Alliierten, sich für Frankreich zu entscheiden. (W. T. B.)

Paris, 19. Mai. „Le Petit Journal“ sagt: Die gestrigen Erklärungen Lloyd Georges zeigten unglücklicherweise, daß Lloyd George sich nicht genau Rechenschaft abgelegt habe, welchen Eindruck seine unerwartete Sprache in Frankreich hervorgerufen habe. Wenn Lloyd George sich darauf beschränkt, seine Meinung auszusprechen, die von der in Frankreich abweichend, so hätte kein Mensch mit seinem Verstande sich darüber aufgeregt. Aber wenn man seine Rede nachlese, dann finde man bedeutende Beweggründe. Man drückt nicht einfach seine Meinung aus, wenn man die Verwendung deutscher Truppen in Österreich ablehnt, um die Ordnung im Abessiniengebiet wieder herzustellen. Es sei auch nicht einfach eine Meinungsäußerung, wenn man leibhaftig gegen Verordnungen, die Lloyd George habe das französische Gefühl verletzt. Frankreich habe das Gefühl, daß man ihm in Oberösterreich wie am Rhein die ganze Last für die Ausführung des Friedensvertrages überlassen habe. Ihre die Zukunft hoffe es wenigstens auf Rücksicht, was die Sicherheit seiner Soldaten betreffe. Auf die Frage der Teilung Oberösterreichs eingehend, lehnt „Le Petit Journal“ ein salomonisches Urteil ab. Das Blatt meint, mit Ausnahme der Kreise Steuwig und Hindenburg müßte die ungedeute Mehrheit des Bergwerkes, und nicht nur die Kreise Koblenz und Pöhl, Polen zugewiesen werden. (W. T. B.)

### Englisch-französische Widersprüche.

London, 19. Mai. Das Reuters-Bureau erzählt aus wohlunterrichteten Kreisen, daß alle Anzeichen dafür bestünden, daß der Oberste Rat zum Wochenende zusammenzutreten. Bisher liegt von französischer Seite kein Anzeichen dafür vor, daß die Franzosen nicht bereit seien, als bald mit ihren Alliierten auf einer Konferenz zusammenzutreffen. Der Eindruck ist vielmehr der, daß die Franzosen dazu willens seien, sobald Briand seine Erklärungen in der französischen Kammer abgegeben haben würde. Es werde behauptet, daß alle alten Resultate, die aus der Abhaltung der Konferenz folgen könnten, zunächst gemacht werden würden durch einen Aufschub um einige Wochen, für den gewisse Kreise eintraten. Eine Verzögerung einer endgültigen Aktion könne die Lage nur erschweren. Es sei wenig wahrscheinlich, daß diese Konferenz zu irgendwelchen bestimmten Beschlüssen bezüglich der Aufteilung der östlichen Gebiete kommen würde. Sie werde sich vielmehr auf eine Beipflichtung der alliierten Vorkämpfer beschränken. (W. T. B.)

### Der überreizte Lloyd George.

Paris, 19. Mai. Den Blättern zufolge wünscht Briand keine Zusammenkunft mit Lloyd George. Wie aus London gemeldet wird, schreibt die „Times“, daß Lloyd George nervös und überreizt gewesen sei. Der Pariser „Bon soir“ bemerkt dazu, wenn man überreizt sei, habe man nicht das Recht, Staatsmann zu bleiben. Der Korrespondent des „Temps“ in Washington empfiehlt die Schaffung eines unabhängigen Staates Oberösterreich mit dem Bemerkens, es bestehe als Ursache zu der Annahme, daß dieser Plan von Korianta unterstützt werden würde.

London, 19. Mai. Es gilt jetzt als sicher, daß Briand am Sonnabend nach Lomane kommt, um mit Lloyd George zu konferieren. An der Beratung des Obersten Rates über die oberösterreichische Frage werden die Vereinigten Staaten, die jedoch erst einen Vertreter für den Obersten Rat ernannt haben, nicht teilnehmen. Die Regierung in Washington sieht die Frage als eine rein europäische an.

### Der Oberste Rat und Oberösterreich.

(Siegfried Drachler, der „Dresdner Nachrichten“.) Paris, 19. Mai. In der letzten Sitzung vor Pfingsten hat der Oberste Rat mit allen gegen die Stimme des englischen Vertreters beschlossen, die Entscheidung über die Grenzen Oberösterreichs einstweilen auszuweichen. Zunächst erhebliche Truppenverstärkungen nach Oberösterreich gefordert werden, um die Ordnung wieder herzustellen. Frankreich bewußt hierzu die im Einklang stehenden Referenzen, die für die Ruhrbesetzung vorgehen waren. Ueber die Verhandlungsweise General Veronands entstand im Rat eine längere Debatte, worin der Vorschlag gegen den General erhoben wurde, daß er ein rechtmäßiges Einverständnis unterlassen habe und dadurch die gefallenen Opfer der Verbündeten verhandelt.

### Eine peinliche Anfrage.

Paris, 19. Mai. Wie das „Journal“ mitteilt, soll der britische Gesandter in London im Laufe des Besuches am Quai d'Orsay mit einem gewissen Nachdruck gefragt haben, welches die Haltung Frankreichs sei, wenn organisierte deutsche Abteilungen in das östliche Gebiet Oberösterreichs eindringen würden. Die britische Regierung habe vor allem zu erfahren gewünscht, ob bei dieser Eventualität Frankreich das Ruhrgebiet besetzen würde. Es verneint sich von selbst, daß es unwahrscheinlich gemeint sei, auf eine derartige hypothetische Frage eine Antwort zu erteilen. Die Erklärungen, die Ministerpräsident Briand am Sonnabend abgegeben habe, bezeichneten genau, wie Frankreich eine derartige Initiative Deutschlands auffasse. (W. T. B.)

### Koriantas befristeter Rückzug.

London, 18. Mai. Der „Daily Telegraph“ meldet aus Opatowitz: Korianta wurde am Montag in energischer Weise durch die Interalliierte Kommission aufgefordert, unverzüglich den Rückzug anzukündigen und das widerrechtlich besetzte oberösterreichische Gebiet zu räumen. Diese Aufforderung der Alliierten trug den Charakter eines Ultimatums.

Wie die „Daily News“ berichten, hat sich Korianta an dem Befehl des Rückzuges erst entschieden, nachdem sowohl die Pariser als auch die Pariser Regierung ihm eindringlich darum ersucht mit dem Hinweis, daß der Vorbestand der Befehle durch die politischen Umstände schon sehr schwere und unvorhergesehene Verwicklungen innerhalb der Entente nach sich ziehen würden.

Berlin, 19. Mai. Zahlreiche Blättermeldungen aus Oberösterreich deuten darauf hin, daß trotz des Rückzugsangebotes von Korianta keine Entspannung der Lage eingetreten sei. Neue Anforderungen der polnischen Juristen haben sich ergeben. In Königshütte wurde ein Depot für Mühlsteinabfuhr von den Polen angeplündert.

### Korianta injeniert einen neuen Proteststreik.

Breslau, 18. Mai. Einige Katowitzer Arbeiter und Arbeiter sind heute auf neue Killegeleitet worden. Obwohl dieser neue Ausstand von den polnischen Deputierten wahrheitsgemäß als ein Zeichen der Auflehnung des oberösterreichischen Volkes gegen den in dem Telegramm Koriantas an die Interalliierte Kommission angeforderten Rückzug angesehen wird, ist in Wirklichkeit auch bei den polnischen Arbeitern großer Arbeitswille vorhanden. Die Zulassung der Werke ist durch die Anträge dadurch erzwungen worden, daß die zur Arbeit kommenden Arbeiter mit Waffengewalt von den Arbeitsschützern ferngehalten wurden. Man nimmt an, daß Korianta diesen neuen Proteststreik eventuell injeniert hat, wie den erzwungenen Generallstreik vom 2. Mai und den anderen Aufmärschen.

### Neue Drohungen Koriantas an Lloyd George.

Wien, 19. Mai. Korianta veröffentlicht in der „Grenz-Zeitung“ ein Protesttelegramm an Lloyd George, worin er scharf gegen die oberösterreichische Rede des englischen Ministerpräsidenten Stellung nimmt. Er droht auch erneut damit, alle Dämme- und Bergwerke zu vernichten. Seine Macht der Welt gegen die Polen von diesem Schritt zurückhalten. Ueber die Lage in dem oberösterreichischen Industrieleben werden folgende Einzelheiten mitgeteilt: Die Arbeitsaufnahme beträgt durchschnittlich 75 bis 90 Prozent, doch werden die Arbeitswilligen durch die Aufständischen am Arbeiten gehindert. Die geförderten Kohlen können nicht abgefahren werden, weil immer noch kein Eisenbahnverkehr vorhanden ist. Besonders unangenehm macht sich die steigende Knappheit an Betriebsmitteln, wie Eisen, Zetten und Holz bemerkbar. Die Hüttenbetriebe lügen über Kohlenmangel.

### Abberufung Veronands?

Berlin, 18. Mai. In hiesigen neutralen diplomatischen Kreisen verläutet heute mit großer Bestimmtheit, daß die Abberufung des Generals Verond von seinem Posten als Vorsitzender der Interalliierten Kommission Oberösterreichs unmittelbar bevorstehe. Als sein Nachfolger wird General Bergand genannt.

### Frankreich fordert Deutschlands Mitarbeit in Oberösterreich.

Paris, 19. Mai. Briand hat den französischen Vorkämpfer in Berlin beauftragt, die deutsche Regierung zu ersuchen, an der Wiederherstellung der normalen Zustände in Oberösterreich mitzuwirken, dafür zu sorgen, daß die Grenze des Gebiets abgeklärt wird und zu verzichten, daß bewaffnete Truppen oder Munition die Grenze überschreiten, ferner die Heimbauk zu verhindern, daß sie weiter die nötigen Gelder für die Auszahlung der Löhne an die Arbeiter zur Verfügung stellt.

### Die Kampfplage.

Natibor, 19. Mai. Ueber die Kampfplage der letzten Tage wird berichtet: Die Polen hatten am 17. Mittags an der Oderfähre Sissel eine weiße Flagge gehißt. Die Truppen wurden aber angewiesen, sich auf keine Verhandlungen einzulassen. Gestern früh gegen 3 Uhr gingen feindliche Patronen gegen eine Megelei in der Nähe von Natibor vor. Auch wurde auf dem rechten Ufer ein lebhafter Wagenverkehr beobachtet. Feindliche Patronen verhielten nach harter Feuerbereinigung über die Brücke bei Popatich vorzubringen, mußten jedoch unter dem deutschen Feuer zurückweichen. Am 18. gegen 6 Uhr wiederholten die Polen ihr Unternehmen, wurden aber erneut zurückgeschlagen. Die Polen beabsichtigen, sich bei der Nähe Mitoel einzubauen. Es sind deutsche Schützengräben daher dort mit Schießscharten versehen worden.

### Bayerns Selbstschutz in Gefahr.

München, 19. Mai. Die neue Note Kollets fordert Entwaffnung aller Selbstschutzorganisationen. Dadurch ist für die bayerische Regierung und die bayerische Koalition eine neue Lage geschaffen. Der bayerische Ministerpräsident wird sich heute mit der Note Kollets beschäftigen.

### Keine Richtlinien des Reiches für die bayerische Entwaffnung.

Berlin, 19. Mai. Die von mehreren Blättern gebrachte Nachricht, daß die Reichsregierung in einer Note an die bayerische Regierung Richtlinien für die Ausföhrung des Entwaffnungsgebotes vom 21. März gegeben und die Einreichung einer Liste neuer Organisationen verlangt habe, die nach dem Entwaffnungsgebote aufgelöst werden müssen, ist, wie hoöbamlich mitgeteilt wird, unhaltbar.